



Bündnis 90/Die Grünen, Martinusstraße 4, 41564 Kaarst

An den Vorsitzenden des WiFiDi
Herrn Ingo Kotzian
Am Neumarkt 2
41564 Kaarst

Ratsfraktion Kaarst
Martinusstraße 4
41564 Kaarst
Fon 02131/61557
Info@gruene-kaarst.de
www.gruenekaarst.de

15. Februar 2025

Antrag zur Sitzung des WiFiDi am 18. Februar 2025 / Haushaltsberatungen 2025 – Einführung einer Verpackungssteuer

Sehr geehrter Herr Kotzian,

bitte setzen Sie folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 4.7 (Vorberatungen zum Haushalt 2025) auf die Tagesordnung der Sitzung des WiFiDi am 18. Februar 2025.

Antrag

Die Verwaltung wird im Rahmen eines Haushaltsbegleitbeschlusses beauftragt, einen Vorschlag zur Einführung einer Steuer auf Einwegverpackungen zu unterbreiten, um das Müllaufkommen im öffentlichen Raum zu reduzieren.

Begründung

Auch in Kaarst landen Abfälle wie Einwegbecher und Fast-Food-Verpackungen oft achtlos in der Natur und in öffentlichen Grünanlagen. Dies ist nicht nur ein unschöner Anblick und führt zur Verärgerung vieler Anwohner:innen, die Vermüllung führt zu erhöhtem Aufwand bei der Entsorgung und schadet der Tier- und Pflanzenwelt.

Schon seit Anfang 2023 gilt in Deutschland eine Mehrwegangebotspflicht, in der u.a. die Gastronomie verpflichtet wird, für Speisen und Getränke zum Sofortverzehr Mehrwegverpackungen anzubieten. Dennoch zeigt sich, dass eine ausreichende Abfallvermeidung in Kaarst mit den derzeitigen Regelungen nicht erreicht werden konnte.

Bereits im Juni 2023 beantragte ein Kaarster Bürger die Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen (siehe Sitzungsvorlage X/2299/3). Zum damaligen Zeitpunkt wurde der Bürgerantrag abgelehnt, vor allem aufgrund des damals noch offenen Ausgangs einer Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Eben diese letzte Instanz hat nun die Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen. Auch der Regelung des Einwegkunststofffondsgesetz steht eine Verpackungssteuer nicht entgegen.

Da damit nun die notwendige Rechtssicherheit gegeben ist, soll die Einführung dieser örtlichen Steuer aus Sicht der GRÜNEN erneut geprüft werden, um den Abfall im öffentlichen Raum zu reduzieren.

Freundliche Grüße

Dominik Broda